



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

61. Sitzung (öffentlich)

26. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6088	
Ausschussprotokoll 16/689	
Auswertung der Anhörung	
– Diskussion.	

2 Masernerkrankungen verhindern, Aufklärung und Impfschutz für alle Generationen verbessern! 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4583

Ausschussprotokoll 16/603

– Aussprache.

3 Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes durch Aufklärung und Schulungen verhindern! 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5037

Ausschussprotokoll 16/620 – Auswertung der Anhörung

– Kurze Aussprache.

4 Drittes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7090

Der **Ausschuss empfiehlt** dem federführenden Schulausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/7090 zuzustimmen.**

5 Verschiedenes 20

a) Anfrage von Peter Preuß (CDU) zum Thema Schulsozialarbeit

StS Dr. Wilhelm Schäffer (MAIS) gibt Auskunft.

**b) Beschluss über die Reisedelegation zum 80. Fürsorgetag in Leipzig
vom 16. bis 18. Juni 2015** **24**

Der **Ausschuss** beschließt, dass 10 Abgeordnete an der
Reise teilnehmen.

* * *

4 Drittes Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7090

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, der Gesetzentwurf sei nach der ersten Lesung am 5. November 2014 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend –, an den Hauptausschuss sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen worden. Der federführende Ausschuss werde seine Beratungen in einer Sondersitzung vor dem Plenum am 3. Dezember 2014 abschließen. Eine Anhörung solle nicht stattfinden. Der Sachverhalt dürfte klar sein. Es gehe um den Einbezug von Auszubildenden in die Region des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes.

Martina Maaßen (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass es um eine Forderung gehe, die in Expertenkreisen, in den Gewerkschaften aufgekommen sei. SPD und Grüne, die regierungstragenden Fraktionen, hätten das 2013 aufgegriffen und in einen Antrag ins Plenum eingebracht, woraufhin die Landesregierung den Gesetzentwurf, der heute vorliege, eingebracht habe.

Es sei ein guter Schritt, dass allen Auszubildenden die Möglichkeit gegeben werde, innerhalb ihrer Ausbildungszeit an einer Weiterbildungsmaßnahme teilzunehmen. Das stärke die Demokratie, die Mitbestimmung und die Gestaltung der Gesellschaft. Man erhoffe sich davon, dass junge Menschen sich Gedanken machten, sich einbrächten, die Gesellschaft mitzugestalten, Anregungen zu bekommen. Sie freue sich, dass das, was im Koalitionsvertrag niedergeschrieben worden sei, jetzt auch umgesetzt werde.

Daniela Jansen (SPD) schließt sich den Ausführungen der Vorrednerin an. Sie finde es sehr gut, dass man den Gesetzentwurf in Abstimmung mit den relevanten Arbeitgeberverbänden habe erstellen können – sprich unternehmer nrw, Unternehmerverband Handwerk NRW, DGB, ver.di, den kommunalen Spitzenverbänden sowie der IHK. Man habe keine Kämpfe bestehen müssen. Sie freue sich darüber und danke dafür, dass man dieses Anliegen schnell habe umsetzen können.

Norbert Post (CDU) betont, im Schulausschuss sei am Morgen deutlich gemacht worden, dass es eine Einigung zwischen den Verbänden, den Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden gegeben habe. Von daher könne man der Richtung dieses Gesetzentwurfes beitreten. Er denke, das werde sehr vernünftig gehandhabt werden, weil beide Seiten Durchführungs- und Verhaltensmuster vorgelegt hätten.

Ulrich Alda (FDP) legt dar, wenn nur die Spitzenleute aus Verbänden getagt hätten, sei er schon skeptisch. Es wäre schön, wenn eine Grenze nach unten hin auf der Arbeitnehmerseite, von der Belegschaftszahl her, geschaffen worden wäre. Das sei

noch nicht genau definiert. Es diene auch nicht der Lösung des Problems, dass man noch mehr Lehrstellen bekomme. Er vermisse den Hinweis, dass nicht nur über Rechte diskutiert werde, sondern auch über Pflichten.

Der **Ausschuss empfiehlt** dem federführenden Schulausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/7090 zuzustimmen**.